FINANZBUSINESS

Bankentarifrunde: Schlagabtausch zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften

Auch die dritte Tarifrunde für die privaten Banken bleibt ohne Annäherung. Arbeitgeber und Gewerkschaften weisen sich gegenseitig die Schuld zu.

In der Tarifrunde für die Beschäftigten der privaten Banken ist auch die dritte Verhandlungsrunde am 23. November ohne Annäherung zu Ende gegangen. In Statements dazu liefern sich Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter einen öffentlichen Schlagabtausch.

Während der Arbeitgeberverband der privaten Banken (AGV) die aus seiner Sicht unverhältnismäßigen Forderungen der Gewerkschaften für den Stillstand verantwortlich macht, wirft ihm die Gewerkschaft der Finanzdienstleister DBV mangelnde Verhandlungsbereitschaft und eine undifferenzierte Darstellung der Arbeitnehmerforderungen vor.

Private Banken bieten 4,2 Prozent - DBV bricht Verhandlungen vorerst ab

In der Gehaltsfrage bleibt es nach Angaben des DBV beim bisherigen Arbeitgeberangebot von insgesamt 4,2 Prozent in zwei Stufen bei einer Laufzeit von 36 Monaten. Für Nachwuchskräfte liege weiterhin kein Angebot vor.

AGV-Verhandlungsführer Thomas Lange verweist unterdessen auf die Verantwortung der Institute für die Sicherheit der Arbeitsplätze. Insbesondere die Forderungen zur Umwandlung von Gehalt in Freizeit, zur Ausweitung des Kündigungsschutzes und zur Regulierung des KI-Einsatzes seien im gegenwärtigen Umfeld nicht vertretbar.

DBV-Verhandlungsführer Wolfgang Ermann weist das Arbeitsplatzargument zurück. Personalabbau, Standortentscheidungen und KI-Projekte seien Bestandteil langfristiger Unternehmensstrategien und nicht von wenigen Zehntelprozent eines Tarifabschlusses abhängig. Der AGV spiele auf Zeit.

Verdi fordert mehr

Auch Verdi kritisiert die Verzögerungstaktik der Arbeitgeber zulasten der bundesweit rund 150.000 Beschäftigten der privaten Banken. Das bisherige Angebot sieht neun Nullmonate vor, bevor die Gehälter im Juli 2027 um 2,2 Prozent und ein Jahr später um weitere 2,0 Prozent steigen sollen. Verdi fordert dagegen sechs Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten sowie monatlich 300 Euro mehr für Nachwuchskräfte.

Ein weiterer Konfliktpunkt ist die Krankmeldung ohne ärztliches Attest. Die Arbeitgeber lehnen eine tarifliche Absicherung der bisherigen Drei-Tage-Regelung ab und verweisen dabei auf die Linie der Bundesregierung. Verdi-Verhandlungsführer Jan Duscheck kritisiert zudem den Widerspruch zwischen der von den Banken angestrebten

dreijährigen Planungssicherheit bei den Personalkosten und ihrer Weigerung, verbindliche Zusagen zur Beschäftigungssicherung zu machen.

Unterschiede in den Forderungskatalogen

Der DBV wehrt sich insbesondere dagegen, dass die Arbeitgeber die Forderungen der beiden Gewerkschaften gemeinsam zurückweisen. Anders als Verdi verlange der DBV weder 20 zusätzliche freie Tage noch einen pauschalen Kündigungsausschluss für über 50-Jährige. Vielmehr gehe es um die Möglichkeit, bis zu zehn zusätzliche Urlaubstage auf eigene Kosten zu erwerben. Vergleichbare Modelle seien in der privaten Versicherungswirtschaft bereits etabliert.

Verdi weitet Warnstreiks bei privaten Banken ab 16. November bundesweit aus

Auch beim Einsatz künstlicher Intelligenz gehe es dem DBV nicht um eine Blockade technologischer Entwicklungen. Die Gewerkschaft setzt auf eine frühzeitige Qualifizierung der Beschäftigten sowie auf Entlastung, wenn die Automatisierung zu einer Verdichtung der verbleibenden Arbeit führt.

Bei der Altersteilzeit signalisiert der DBV Spielraum. Ein Anspruch auf Altersteilzeit im Gleichverteilungsmodell könne zunächst auf einzelne Geburtsjahrgänge begrenzt werden. Nach Schätzung der Gewerkschaft könnten rund 5000 Beschäftigte im Tarifgebiet von einem solchen Modell Gebrauch machen.

Kein Angebot für den Nachwuchs

Unterschiedliche Positionen gibt es auch bei den Nachwuchskräften. Während der AGV die von Verdi angestrebte Änderung der 2023 vereinbarten Übernahmeregelung ablehnt, stellt der DBV diese ausdrücklich nicht infrage. Er fordert stattdessen eine monatliche Vergütungserhöhung um 160 Euro.

Tarifkonflikt: Auch Verdi lehnt Arbeitgeberangebot ab

Ein begrenztes Ergebnis brachte die dritte Verhandlungsrunde dennoch. Mehrere zum Jahresende auslaufende tarifliche Regelungen, darunter jene zur Kurzarbeit, zu Langzeitkonten und zur Altersteilzeit im Blockmodell, sollen bis Ende 2027 verlängert werden.

In den zentralen Streitfragen bleibt die Tarifrunde dagegen festgefahren. Während die Arbeitgeber ein Abrücken von den aus ihrer Sicht überzogenen Forderungen verlangen, fordert der DBV Bewegung auf der Angebotsseite. Die nächste Verhandlungsrunde findet am 20. Januar 2027 in Berlin statt.